

# Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 25. Juni 2025, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

## 6. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR

[25.06.25 17:01:40, 24.0496.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Regiokommission beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Für die Kommission das Wort hat Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Ich bleibe hier sitzen, weil mein Präsident in der Regiokommission heute krankheitsbedingt abwesend ist, und als sein Vizepräsident springe ich ein und verlese nun seinen Bericht. Ich berichte Ihnen mündlich über die Behandlung und den Beschluss der Regiokommission zur kantonalen Volksinitiative für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa).

Im Namen der Regiokommission beantrage ich Ihnen im Einklang mit dem Regierungsrat, die Initiative «Zämme in Europa» der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Der Grosse Rat hat mit Beschluss vom 18.09.2024 die Initiative der Regiokommission gemäss Artikel 18 Abs. 3 lit. b des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum zur Berichterstattung überwiesen. Der Regierungsrat legte Ihnen Ende Februar 2025 den Bericht vor und Sie haben diesen am 9. April der Regiokommission zur Berichterstattung überwiesen. Ein voraussichtlicher Abstimmungstermin für die Initiative ist voraussichtlich bereits der 28. September 2025.

Die Regiokommission hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai sowohl das Präsidialdepartement als auch das Initiativkomitee angehört. Die Initiative fordert, dass die Kantonsverfassung um Artikel 2 Abs. 4 wie nachfolgend ergänzt wird: Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.

Die Initiative wurde ursprünglich vor dem Hintergrund des Abbruchs der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen 2021 zwischen der Schweiz und der EU eingereicht. Aufgrund des inzwischen vorliegenden Vertragspaketes zwischen der Schweiz und der EU wurde das nationale Pendant zur kantonalen Initiative zurückgezogen. Vor dem aktuellen geopolitischen Hintergrund ist für das Initiativkomitee eine verlässliche Partnerschaft mit guten und stabilen Verhältnissen wichtiger denn je. Mit der Initiative soll die Basler Regierung ein starkes Signal in die Schweiz aussenden, wie wichtig stabile und gute Beziehungen mit der Europäischen Union für die Region sind. Der Abstimmungstermin fällt Ende September mitten in das Vernehmlassungsverfahren zum Vertragspaket Schweiz/EU. Die Initianten erhoffen sich durchaus ein deutliches Zeichen aus der Region Basel für stabile und gute Beziehung.

Der Regierungsrat stellt sich weitgehend hinter die Argumentation der Initianten. Stabile und gute Beziehungen sind für die trinationale Region Basel besonders zentral. Der Regierungsrat begrüsst die Initiative und erhofft sich dabei, auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen zu können. Die Forderung auf Verfassungsebene entspreche bereits der heutigen Realität der Regierungstätigkeit. Mit der Initiative würde dem Regierungsrat zusätzlich der Rücken gestärkt, sich in der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen für stabile und gute Beziehungen mit EU im Namen der Basler Bevölkerung einzusetzen.

Die Regiokommission hielt deutlich und einstimmig fest, dass gute und stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn und der Europäischen Union im Interesse der hiesigen Bevölkerung und Wirtschaft sind. Uneinig war sich die Regiokommission, ob die Verankerung des Anliegens in der Verfassung der Sache dienlich ist. Einerseits besteht die Gefahr, dass die Initiative abgelehnt wird und andererseits könnten sich die Verhältnisse in der EU ändern. Würde die Initiative mit nur einer geringen Mehrheit angenommen oder gar abgelehnt, wäre das Signal an unserer Miteidgenossinnen und Miteidgenossen wenig

erbaulich. In der Sache hätte man damit weniger gewonnen als verloren. Dass sich die Fäden in der EU dahingehend ändern und dass eine gute und stabile Zusammenarbeit nicht mehr dienlich wäre, dieses Risiko stuft die Regiokommission eher gering ein. So verfügt die EU über starke, wenn auch etwas schwerfällige Institutionen, die eine populistische, antidemokratische Wende verhindern können.

Die Regiokommission stellt zudem fest, dass ein gutes Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarn im Elsass und in Baden auch ohne die übergeordnete Ebene der europäischen Zusammenarbeit möglich wäre. Zusammen mit unseren Nachbarn im Oberrheinrat, im Distriktrat, im trinationalen Eurodistrikt und im direkten Austausch stellt die Regiokommission vielfach fest, das geregelte Verhältnis auf der übergeordneten Ebene für die Vertiefung der Beziehungen auf der alltäglichen Ebene nützlich, wenn nicht sogar zwingend sind. Denn die Erosion der Beziehungen zu den Nachbarn, wie wir sie seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen erlebt haben, ich denke da an Horizon und andere Elemente der Marktzugangsbeschränkung, führt zu einer schleichenden Erosion der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg. Die ersten Anzeichen dieser Erosion konnten, wie schon erwähnt, bei Horizon und EPICUR bei der Universität oder dem Aussetzen der gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreement, MRA) festgestellt werden. Der Prozess der Erosion erfolgt langsam und schleichend. Er beginnt auf der ersten benannten technischen Ebene, wird aber letztendlich auch mit dem Alltag unserer trinationalen Region manifestieren. Stellen Sie sich nur einmal vor, was ein Austritt aus dem Schengen-Abkommen für einen Badeausflug über die Grenze bedeuten würde. Beim Zoll Otterbach oder dem Rheinuferweg nach Huningue würde es sich um eine Schengen-Aussengrenze handeln.

Nachdem ich nun einige Risiken genannt habe, möchte ich auch auf die Chancen zu sprechen kommen. Die Universität, der Gesundheitsraum, die Wirtschaft, wir alle profitieren von der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. In der Kooperation über die Grenzen hinweg, im funktionalen Raum um Basel herum bieten sich Chancen, die es in einer globalisierten Welt zu ergreifen gilt. Für diese Zusammenarbeit sind klare Spielregeln erforderlich, um die es massgeblich beim Vertragspaket mit der EU geht. Genannt seien hierzu erneut die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen (MRA), welche ganz konkret für die Entwicklung der hiesigen Branche von zentraler Bedeutung ist. Weiter geht es um die künftigen Herausforderungen wie ein Stromabkommen, die Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit sowie die Mechanismen in der Zusammenarbeit.

Zur Personenfreizügigkeit möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass ein beachtlicher Teil unserer Erwerbstätigen aus Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten besteht. Es ist im Interesse unser aller hier Lebenden, ein gutes Miteinander zu pflegen und den Alltag über die kaum noch sichtbaren Grenzen zu pflegen. Die Regiokommission möchte unterstützend darauf hinwirken, dass die übrige Schweiz die Realität der Grenzregion wahrnimmt und deshalb ein positives Bild in unser Land aussenden.

Wie ich Ihnen bereits erläutert habe, unterstützt die Regiokommission mit grosser Mehrheit das Anliegen guter und stabiler Beziehungen mit den Nachbarn und der europäischen Union. Sie spricht sich damit im Einklang mit den Initianten und Initiantinnen sowie dem Regierungsrat für die Initiative aus. Mit der Initiative wird an der heutigen Praxis weitgehend nichts geändert. Es geht hier um die Signalwirkung, dass in Basel-Stadt die Bevölkerung hinter den guten und stabilen Beziehungen mit der EU steht. Auch wenn unsere Region in Bundesbern, wie andere Grenzregionen auch, als etwas eigenartig in der Schweiz am Rande wahrgenommen wird, kann hiermit ein Zeichen in der innenpolitischen Debatte gesetzt werden. Nicht zu vergessen ist die Relevanz des Kantons in Bern. Erhält unser Regierungsrat einen klaren Volksauftrag, kann er sein Anliegen weiterhin mit Vehemenz in den Direktorenkonferenzen einbringen. Gelingt es uns, unter den Kantonen namhafte Verbündete zu finden, das ja übrigens auch geschehen ist, auch schon in den letzten Jahren, als es darum ging, dafür zu sorgen, dass es eben bald ein neues Vertragspaket wieder zwischen der Schweiz und der EU gibt, wenn das gelingt, kann den Stimmen aus den Grenzregionen mehr Gewicht verliehen werden.

Die Regiokommission empfiehlt Ihnen mit neun zu einer Stimme bei einer Enthaltung, die kantonale Volksinitiative «Zämme in Europa» den Stimmberechtigten mit Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungspräsident Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Dem beherzten Votum des Sprechers der Regiokommission kann ich mich nur anschliessen und habe auch nicht viel zu ergänzen, da er alle Argumente, die für Annahme dieser programmatischen Initiative sprechen, aufgeführt hat. Ich möchte deshalb nochmals betonen, auch aus Sicht des Regierungsrats, dass gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und unseren Nachbarländern für den Kanton Basel-Stadt besonders elementar sind. Das ist allein schon geografisch so. Es ist zusätzlich jetzt auch nochmal geopolitisch wichtiger geworden in den letzten Jahren und Monaten. Sie kennen auch die ja immer wieder beeindruckenden Fakten und Zahlen. Wir teilen fast zwei Drittel unserer Kantonsgrenze mit den Nachbarländern Frankreich und Deutschland, damit mit der EU, und wir sind ja vor allem ein Exporteur in die EU. Rund 44 Milliarden führen wir aus an Exporten in die EU als Basel-Stadt und die Einfuhren betragen rund 30 Milliarden Franken. Auf schweizweiter Stufe ist dieses Verhältnis ein anderes, für uns ist

also die EU auch als Wirtschafts- und Handelspartner nochmals bedeutsamer, als sie es ohnehin für die ganze Schweiz schon ist.

Auch klar ist, das wissen wir auch alle, wenn wir mit Exponentinnen und Exponenten unserer Wirtschaftsunternehmen reden, dass die bilateralen Verträge massgeblich zum Erfolg und zur Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft beitragen. Sie sind auch entscheidend für unseren Bildungs-, für unseren Forschungs- und für unseren Innovationsstandort, auch da sind wir besonders exponiert, nochmals exponierter, als es die Schweiz ohnehin schon ist. Und natürlich auch entscheidend sind die Beziehungen, die Arten, wie die Grenzen eben offen oder weniger offen sind, für den Alltag in unserer trinationalen Region, für unsere sozialen Beziehungen, die wir über Landesgrenzen hinausführen.

Entsprechend ist es für den Regierungsrat auch eindeutig, dass er sich einsetzt für stabile und gute Beziehungen zur Europäischen Union. Er tut dies selbstverständlich jetzt schon. Es wäre aber natürlich schön und programmatisch klug, wenn dies auch in der Kantonsverfassung ausdrücklich als Auftrag verankert wäre. Das genau will diese Initiative. Sie würde in dem Sinne nicht die kantonale Politik ändern, sondern sie würde uns als politische Akteurinnen und Akteure darin stärken, dass wir eben hinarbeiten auf diese guten und stabilen Beziehungen mit den Nachbarländern, mit der Europäischen Union. Somit würde die neue Verfassungsbestimmung, die Ergänzung der Verfassung das Basler Selbstverständnis spiegeln, so wie wir es heute verstehen, so wie wir es seit Jahren verstehen und auch in Zukunft verstehen wollen.

Und das alles führt den Regierungsrat dazu, Ihnen ausnahmsweise, kann man fast sagen, eine Volksinitiative hier zur Annahme zu empfehlen bzw. zu empfehlen, die Initiative der Stimmbevölkerung mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Hier habe ich Pascal Messerli für die SVP eingetragen.

*Pascal Messerli (SVP):* In China ist ein Sack Reis umgefallen. Die Anzahl Reiskörner auf dem Boden zu evaluieren, dürfte wahrscheinlich noch wichtiger sein als der Inhalt dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative. Eine Gugus-Initiative von der politischen Elite für die politische Elite, man möchte schliesslich weiterhin in Lörrach oder im Elsass Aperos veranstalten. Denn es sind insbesondere die aktuellen Nationalrätinnen und die Vertreter von Regierungsparteien, welche diese Initiative lanciert haben. Parteien also, welche in den letzten Jahrzehnten in sämtlichen wichtigen Gremien dieses Kantons eine Mehrheit hatten und haben, im Regierungsrat, in der Regiokommission, in anderen Sachkommissionen sowie im Grossen Rat. Wenn Sie also der Meinung wären, es benötigt in gewissen Bereichen mehr Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Deutschland und Frankreich, dann hätten Sie längstens Wege gefunden und hier auch Verbesserungsvorschläge gebracht. In der Kantonsverfassung ist die länderübergreifende Zusammenarbeit klar geregelt. Unsere Kantonsverfassung von 2005 ist ja jetzt nicht so alt, es ist deshalb völlig absurd und unnötig, hier eine neue inhaltslose Verfassungsbestimmung zu verlangen, welche in der Praxis überhaupt nichts ändert. Und genau das will ja die Initiative.

Und anstatt hier die grosse theatralische EU-Phorie ausleben zu lassen, wäre hier vom Regierungsrat und auch von der Regiokommission auch einmal angebracht gewesen, konkrete Punkte aufzuzählen, was man denn inhaltlich kantonalpolitisch überhaupt mit dieser Initiative möchte. Das können Sie nicht, weil Sie hier einfach reine Symbolpolitik betreiben und mit dieser Symbolpolitik jetzt unbedingt eine Abstimmung provozieren wollen. Es ist insoweit inkonsequent, weil man ja gerade in anderen Bereichen für weniger Volksabstimmungen ist. Ich erinnere an die Diskussion zum obligatorischen Referendum beim Musical Theater. Dort haben Sie sich mehrheitlich gegen eine Volksabstimmung geäussert, weil zu viele Abstimmungen angeblich die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung mit sich bringen würde. Gleichzeitig wollen Sie hier aber der Bevölkerung eine völlig symbolische Abstimmung zumuten. Das ist doch wirklich absurd und lächerlich. Hier hätte der Regierungsrat problemlos auch die Initiative zur Ablehnung empfehlen können, wie das auch die Regierung im Kanton Baselland gemacht hat. Hier wäre überhaupt nichts anderes gewesen. Man hätte aber auch in einem Gegenvorschlag das doppelt noch in einem Gesetz verankern können, Ihre Nationalrätinnen hätten Ihnen das sicher verziehen.

Und wenn Sie schon, meine Damen und Herren, unbedingt eine europapolitische Volksabstimmung wollen, dann können Sie Ihren Nationalrätinnen, namentlich Frau Christ, Frau Arslan, Frau Wyss und Frau von Falkenstein ja gerne mit auf den Weg geben, dass man auf Bundesebene den EU-Unterwerfungsvertrag dem obligatorischen Referendum unterstellt. Das ist sicherlich sinnvoller, wie auf kantonaler Ebene einen solchen Gugus zu inszenieren. Aber vielleicht haben die Befürworter und das Initiativkomitee halt auch einen sehr guten Humor. Das mag sein, weil man ja ausgerechnet mit dem Instrument der kantonalen Volksinitiative die Nähe zu den Brüsseler EU-Zentralisten zementieren möchte. Ein überbürokratisches Konstrukt, welches die Souveränität unserer Nachbarländer und Nachbargemeinden massiv einschränkt, keinerlei Volksrechte kennt und es nicht einmal fähig gebracht haben in den letzten Jahren, eine saubere Gewaltenteilung zu garantieren. Auf diese Idee muss man effektiv zuerst einmal kommen. Hier kann man beim Initiativkomitee wirklich nur den Kopf schütteln.

Und zu guter Letzt, da die Mehrheit in diesem Rat ja offensichtlich diese Symbolpolitik unterstützt, mache ich gerne noch drei Vorschläge, welche Sie im Sommer vielleicht ebenfalls evaluieren können für eine Verfassungsänderung, eine Initiative für schönes Wetter, eine Initiative, damit genügend Wasser im Rhein hinabfließt, und weil auch der Regierungsrat so stolz auf die Städtepartnerschaft mit Shanghai ist, eine Initiative, damit in China weniger Reissäcke umfallen. Mit diesen drei Vorschlägen haben Sie inhaltlich wahrscheinlich genau so viel erreicht wie mit dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative.

Die SVP bittet Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Messerli, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Sie wird entgegengenommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich bin ein bisschen irritiert über Ihre Haltung gegenüber Volksinitiativen als Volkspartei, aber meine Frage ist, haben Sie nicht Angst, dass wenn mal die SVP zwei bis drei Regierungsräte in Basel-Stadt hat, dann diese nicht mehr für die europäische Zusammenarbeit sich einsetzen würden ohne einen Verfassungsauftrag?

*Pascal Messerli (SVP):* Erstens gibt es schon einen Verfassungsauftrag in § 2, nicht in § 3, wie es die Initiative will, und zweitens, nein, davor habe ich keine Angst, weil wir selbstverständlich für konstruktive Zusammenarbeit sind, aber nicht für solchen Gugus.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Fraktionssprecherin für die SP ist Zaira Esposito.

*Zaira Esposito (SP):* Basel liegt im Herzen Europas und profitiert von guten und stabilen Beziehungen mit unseren Nachbarn aus der Europäischen Union, wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich. Der Wert dieser Beziehungen zeigt sich gerade in der heutigen Zeit, in welcher Kriege, gesellschaftliche Umbrüche und geopolitische Spannungen den Alltag von vielen Menschen prägen. In einer Welt, die immer komplexer und vernetzter wird, ist es wichtiger denn je, über die Bedeutung der Europäischen Union und unserer nachbarschaftlichen Beziehungen nachzudenken. Die Europäische Union ist viel mehr als ein wirtschaftliches Bündnis. Sie ist ein Projekt des Friedens, der Solidarität und der gemeinsamen Werte. Werte, die auch unser eigenes Gesellschaftsverständnis prägen. Zugleich bedeutet ein geeintes Europa Stabilität, Wohlstand und Sicherheit, auch für die Schweiz und den Kanton Basel-Stadt.

Aufgrund seiner Grenznähe hat unser Kanton schon seit langem eine besondere Beziehung zu seinen europäischen Nachbarregionen. Die Abschottungstendenzen des 20. Jahrhunderts widersprechen der gemeinsamen Kultur und Geschichte im Dreiland diametral und bleiben hoffentlich auch eine Randnotiz der Geschichte. So hatten die Landesgrenzen bis zum ersten Weltkrieg in der Region Basel kaum eine Bedeutung. Schon damals besass nur ein Drittel der baselstädtischen Wohnbevölkerung keine Schweizer Staatsbürgerschaft. Marktfräuer aus dem Elsass und aus dem Südbaden reisten ohne Kontrolle über die Landesgrenzen. Basler\*innen und Riehener arbeiteten selbstverständlich im Wiesental, Unternehmen wie GABA oder Suchard produzierten ihre Waren in Saint Louis oder in Lörrach.

Ein besonderes Beispiel ist die erste Eisenbahnlinie auf Schweizer Boden. Auf die Frage danach, würden viele von Ihnen bestimmt sagen, es handelt sich um die Spanisch-Brötli-Bahn im Limmattal. Tatsächlich aber wurde hier im Grossen Rat vor 182 Jahren entschieden, die Bahnstrecke Strassburg-Burgfelden bis nach Basel zu verlängern. Ein Jahr später, am 15. Juni 1844, fuhr zum ersten Mal eine Eisenbahn auf Schweizer Boden. Damit hatten unsere Vorgängerinnen und Vorgänger den Mut zu einer internationalen Kooperation und einem Leuchtturmprojekt für die ganze Schweiz bewiesen. In diesem Sinne möchte ich Sie dazu aufrufen, diesen Mut ebenfalls aufzubringen und das Bekenntnis zum Dreiland und zu Europa in unserer Verfassung zu verankern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Basel ist in diesen Wochen voller Festlichkeiten. Nach dem ESC und der Art Basel steht die Frauenfussball EM bevor. Für kurze Zeit steht Basel damit im Mittelpunkt des europäischen Kontinents. Nutzen wir diese schönen Momente zum Feiern, aber auch zum Reflektieren. Setzen wir uns alle mit der Bedeutung von Gemeinschaft, Frieden und Demokratie auseinander. Diese sind nicht einfach gegeben, sondern sie müssen tatsächlich im Grossen und im Kleinen gestärkt werden. Die Initiative «Zämme in Europa» bietet uns die Gelegenheit heute, ein klares politisches Signal für die Beziehungen zu unseren Nachbarländern und zur Europäischen Union zu setzen.

Meine Fraktion bittet Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates und der Regiokommission zu folgen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

*Joël Thüring (SVP):* Danke für die Annahme, Frau Esposito. Sie haben vom geeinten Europa gesprochen, ist dieses geeinte Europa für Sie beispielsweise auch das LGBTQ-feindliche Ungarn oder der doch sehr rechts aussenstehende neue Präsident Polens oder definieren Sie dann da auch noch unterschiedlich, was für Sie das geeinte oder das richtige Europa ist?

*Zaira Esposito (SP):* Es geht um eine gemeinsame Europapolitik, die gemeinsam von europäischen Ländern getroffen wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die Grüne/jgb spricht Harald Friedl.

*Harald Friedl (GRÜNE/jgb):* Angesichts der Fraktionsmeinungen, die ja sehr einhellig zustimmend sind für diese Initiative, ausser einer Fraktion, könnte man meinen, hier müssten wir nicht gross darüber debattieren, aber ich denke, das Geschäft ist so wichtig und essentiell, existenziell sogar für Basel-Stadt, dass ich jetzt hier auch noch ein paar Worte an Sie richte.

Der kurze und sehr gut ausgeführte Bericht des Regierungsrates, der gibt Ihnen eigentlich alle Argumente vor, warum wir hier, und das gilt vor allem auch für unsere Fraktion, warum wir hier Ja sagen zu dieser Initiative, diese unterstützen wollen und das dann auch zusammen mit der Stimmbevölkerung an der Urne durchbekommen wollen. Die Argumente sind genannt worden, da muss man nicht nochmals darauf eingehen, das hat ja auch der stellvertretende Kommissionspräsident und auch Regierungsrat Conradin Cramer ausgeführt.

Worum geht es denn da und da will ich jetzt einfach das Votum vom SVP-Vertreter aufnehmen. Es ist nicht jetzt eine Initiative, die von ein paar Köpfen einfach so aus dem Etablissement erfunden wurde, das haben über 3'000 Stimmberechtigte in Basel-Stadt mitunterschieden. Also da geht es darum, dass die Stimmbevölkerung hier ein Zeichen gesetzt hat, indem sie eine Unterschrift dazu gegeben hat, dass man das abstimmen soll und dass das in die Verfassung reinkommen soll. Also ich bitte, das zu akzeptieren und ich denke, die Argumente wurden ja genannt, warum dass es auch Sinn macht, dass es in die Verfassung kommt. Der Regierungsrat, der nimmt eben die Aufgabe wahr, der sieht die Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit mit umliegenden Ländern, mit der EU, und er macht das auch schon. Warum soll das da nicht auch verbrieft werden in der Verfassung. Wir wünschen uns wirklich auch, dass die Stimmbevölkerung zu dem Ja sagt und darum sehen wir das wirklich als grosse Chance, dies zur Abstimmung zu bringen. Wenn nicht Basel, wer sonst sollte das Signal aussenden, wie wichtig diese Beziehungen sind, nicht nur für Basel, schlussendlich dann auch für die ganze Schweiz.

In dem Sinne bitte ich Sie wirklich sehr, hier dann auch beim Abstimmungskampf, also alle, die da jetzt auch ein Plus im «Chrüzlistich» haben, sich dafür einzusetzen. Es ist wirklich eine sehr wichtige Abstimmung, nutzen wir diese und setzen wir hier ein klares Zeichen im Sinne und zum Wohle von Basel-Stadt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Gabriel Nigon für die LDP.

*Gabriel Nigon (LDP):* Auch die LDP folgt der Regiokommission und auch dem Votum von Regierungsrat Cramer. Es geht eben nicht nur um die Signalwirkung. Wenn wir hier von EU reden, meinen wir vor allem konkret unsere Nachbarländer, wir sind auf eine geregelte Zusammenarbeit angewiesen, die Fakten wurden aufgelistet. Und vor allem auch in Zeiten, wo der Bund eine eigene Agenda fährt in Bezug auf die Rahmenbedingungen, wir wissen nicht, woran wir sind, ist es wichtig, dass Basel auch als Wirtschaftsstandort sich für die EU klar positioniert. Das gibt auch Vertrauen und Planungssicherheit. Wir haben zwar zwar trinationale Zusammenarbeitsverträge, aber die hängen so lose in der Landschaft herum. Und wenn wir jetzt in der Verfassung so einen Grundsatz verankern, gibt das uns wiederum die Legitimität, weiterhin gesetzgeberisch tätig zu werden und diese Beziehungen auszubauen.

Und dann noch zum Schluss, es gibt auch etwas Emotionales. Wir sind mit unseren Nachbarländern oder Regionen, das sind Geschwister von uns. Wir reden die gleiche Sprache in Freiburg, in Strassburg und in Basel, haben die gleichen Kathedralen, gleicher Baustil und wir müssen zusammenarbeiten, wir gehören zusammen und das bringt uns vorwärts. Und am Schluss noch etwas mit einem Augenzwinkern, das Ganze ist auf dem Weg zum Beitritt der EU zur Schweiz.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie können noch eine Zwischenfrage entgegennehmen, wenn Sie möchten, von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Herr Nigon, Sie haben gesagt, es braucht klare Regeln. Können Sie mir erläutern, was denn auf kantonaler Ebene noch nicht geregelt ist und was mit dieser neuen Initiative jetzt geregelt werden soll?

*Gabriel Nigon (LDP):* Das kann ich nicht auswendig sagen. Jetzt muss ich überlegen, was ich sage, nein, das ist kein Anwaltsgeheimnis. Ich durfte damals den Kanton vertreten in den Verhandlungen mit Frankreich bei der Verlängerung der Tramlinie 3. Und dort fehlte es eben an den entsprechenden Regularien. Man musste alles neu erfinden und solche Sachen sollten eben behoben werden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* David Jenny als Einzelsprecher.

*David Jenny (FDP):* Ich spreche ausdrücklich als Einzelsprecher. Ich sage schon jetzt, ich werde dann dieser Initiative zustimmen, aber ich habe doch ein bisschen ein Unbehagen über den normativen Gehalt dessen, was da vorgeschlagen ist und ich glaube, der normative Gehalt, der tendiert gegen null. Und alle die Ansinnen, die vorher Gabriel Nigon vorgebracht hat, die haben wir schon abgedeckt in der jetzigen Kantonsverfassung, und andererseits viele andere Anliegen, die bleiben dem Bund und seine rechte Aussenpolitik zu führen vorbehalten. Und diese Initiative oder auch die Debatte hier ist ein bisschen eine Pflicht, ein Bekenntnis abzulegen und ich lege gerne das Bekenntnis ab, dass ich für sehr gute Beziehungen bin. Ich glaube, wir sollten alles daransetzen, die bilateralen Drei durchzusetzen, aber eine solche Verfassungsabstimmung, die eigentlich nicht viel mehr ist als eine Meinungsbefragung, weil es eben keinerlei normative Wirkung hat, ob die wirklich etwas hilft, dieses Ziel zu erreichen in der ganzen Schweiz, das bezweifle ich schon.

Und es wird dann eben gewertet, wenn man sagt, die Basler Bevölkerung sind 100 Prozent, davon ist die SVP 13 Prozent, also müssen wir eine Zustimmung von 87 Prozent haben und es sind dann nur 60 Prozent, dann wird das als schallende Niederlage gewertet. Es ist zu spät und ich werde dann Ja stimmen, aber ich glaube, bei einer Totalrevision der Verfassung wäre das ein Präambel-Thema. Aber die Verfassung mit dem zu beladen, ob das wirklich sinnvoll ist? Ich bin auch gegen, was wir in der Verfassung haben, dass sich unsere Regierung mit Händen und allem möglichen einsetzen muss, dass man nur das Wort Atomkraft in den Mund nimmt, finde ich auch nicht sinnvoll, diese Begrenzungen von Politikmöglichkeiten, die schlussendlich wirklich nur so Bekenntnisablegungen sind. Mit all diesen Zweifeln werde ich dann trotzdem Ja stimmen, aber ich glaube, ein gewisses Unbehagen muss ich doch äussern, damit man nicht sagen kann, ich hätte völlig geschwiegen, falls Sie an meiner Meinung interessiert sind.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Als wir das in der Regiokommission besprochen haben, haben wir gedacht, ja, das ist eigentlich eine klare Sache. Wir sind in der Regiokommission, natürlich sind wir für die Regio, wer ist nicht für die Regio. Wir gehen, seit wir ich auf der Welt sind, auf Lörrach, wir gehen ins Elsass, wir laufen über die Grenze rüber, wie wenn das nach Allschwil oder Birsfelden wäre, und ich habe gedacht, das ist eigentlich eine ganz einfache Angelegenheit. Und was wir da jetzt aus dem machen, das verkompliziert das unglaublich aus meiner Sicht. Ich sehe dahinter ein Bekenntnis zu unserer Region, es ist für mich kein Bekenntnis in keiner Art und Weise zur EU. Ich will überhaupt nicht in die EU eintreten, ich wollte noch nie in die EU eintreten und werde das in Zukunft nie wollen, aber für die Regio, für uns, die Menschen, die alle hier zusammenleben, dass man da ein Zeichen setzt, und vielleicht hören die auch, was wir hier drin reden und dass wir sagen, ja, wir sind gerne in Lörrach, wir sind gerne im Elsass und wir gehören alle zusammen, da bin ich absolut dafür. Und falls ich hier etwas falsch verstanden habe, dann müsste man mir das nachher erklären, aber das ist für mich hier das Thema in dieser Thematik und ich hoffe, Sie sind auch dieser Meinung, dass wir die Region tatsächlich stärken sollen. Nicht die EU, aber die Region.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Ebi, es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

*Joël Thüring (SVP):* Sie haben ja gesagt, es sei alles so einfach. Ich habe jetzt den Initiativtext gelesen und Sie haben gesagt, es geht Ihnen um die Nachbarländer, Sie haben Frankreich und Deutschland erwähnt. Nun steht aber in diesem Initiativtext explizit, für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern. Ist denn aus Ihrer Sicht diese textliche Formulierung so korrekt, wenn es Ihnen ja nur um die Nachbarländer geht?

*Alex Ebi (LDP):* Herr Thüring, da haben Sie total recht, die EU besteht aus den Nachbarländern, das ist korrekt, es ist eine Verdoppelung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Cramer hätte das Wort, er verzichtet. Herr Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Gestatten Sie mir doch ein paar Ausführungen. Ich sehe, wir sind schon mitten im Abstimmungskampf und deswegen gestatte ich mir nach Ihrem sehr polemischen und populistischen Votum, lieber Pascal Messerli, mich auch nicht zurückzuhalten und hier unseren Entscheid auch ein wenig lustvoll zu verteidigen.

Sie tun ja auch heute oft so, als ob Sie im Interesse des Volkes als einzige gegen abgehobene Eliten ankämpfen würden, usw. Sie beanspruchen häufig, die einzigen Vertreter des Volkes, usw., zu sein, Schweizer wählen SVP, usw. Nur das Volk besteht nicht nur aus Ihren Wählerinnen und Wählern. Es gibt in Basel, und das ist nicht eine Elitenbewegung, eine Bewegung aus der Bevölkerung, der es wichtig ist, dass die Schweiz/EU-Beziehungen wichtig sind. Deswegen sind diese über 3'000 Unterschriften zustande gekommen und das ist auch keine Überraschung. Viele Menschen in Basel und der Region wollen Stabilität, Wohlstand, Demokratie und keine Abenteurer und keine Diktatoren und Despoten. Sie wollen auch nicht, dass die Trumps und Putins dieser Welt, die in manchen Parteien mehr Freunde haben als in anderen, noch weiter gestärkt werden. Und sie wollen nicht, um es ganz alltäglich zu machen anhand von einem aktuellen Beispiel, dass irgendwelche Berner Migrationsbürokraten zum Schaden unserer Wirtschaft die Grenzen schliessen, und auch einmal entscheiden können, dass zum Schaden unserer Wirtschaft Schiffe hier nicht mehr anlegen können. Sie wollen und sie wissen, dass es im Interesse von Basel ist und den Menschen hier, dass wir diese gute Beziehung haben und dass wir offene Grenzen haben.

Und dann polemisieren Sie gegen diese Initiative und sagen, sie sei unnötig. Stellen Sie sich einmal vor, diese Initiative wäre nicht eingereicht worden, dann wären Sie doch die allerersten, die in einem Abstimmungskampf lauthals kritisieren würden, wenn der Basler Regierungsrat in einem Abstimmungskampf aktiv würde. Und jetzt geht es darum, kriegt der Regierungsrat ein klares Mandat, sich diesbezüglich zu betätigen oder nicht. Ähnliche Bedeutung wie dieser Artikel, und das hat David Jenny richtig genannt, hat der Atomartikel in unserer Verfassung. Er ist ein Auftrag an unseren Regierungsrat, in einem bestimmten Sinne zu handeln und ich finde den vorliegenden Artikel weitaus weniger problematisch. Ich finde auch den anderen Artikel gut, aber ich finde es hier nicht problematisch, weil es hier vor allem darum geht, den Basler Regierungsrat zu beauftragen, ureigene Basler Interessen zu verteidigen. Und wenn Sie dann kommen mit Worten, die dem Vokabular der nationalen Parteizentrale entspringen, wie EU-Unterwerfungsvertrag, dann beachten Sie nicht, dass wie hier in Basel den Zugang zum europäischen Markt brauchen und wir brauchen die Forschungszusammenarbeit und diese stabilen Beziehungen.

Und da ist auch Ihr tiefes Problem in Basel und deswegen kommen Sie, obwohl Sie viele Exponenten haben, die ich auch respektiere und mit denen ich hier auch zusammenarbeite in Kommissionen und mit denen ich sonst nicht grundlegende Schwierigkeiten habe, aber Ihr grundsätzliches Problem ist, dass die EU-Politik Ihrer Partei auf nationaler Ebene und offensichtlich hier auch in Basel auch den wirtschaftlichen Interessen dieser Region diametral entgegengesetzt ist. Reden Sie doch mal nicht nur mit Vertretern der Uni, sondern reden Sie mal mit Vertretern der Roche und der Novartis. Ja, die brauchen den Zugang zu den europäischen Märkten, die brauchen auch diese stabile Beziehung und die wissen auch, dass die Trumps dieser Welt für sie, für Basel eine enorme Bedrohung ist.

Und um ihre polemischen Worte aufzugreifen, die europafeindliche Gugus-Politik Ihrer Partei ist eine Gefahr für unsere Region und es ist wichtig, dass der Regierungsrat einen klaren Auftrag erhält, hier für stabile Beziehungen mit der Europäischen Union sich einzusetzen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Zwischenfragen häufen sich. Joël Thüring möchte Ihnen eine stellen. Wird diese entgegengenommen?

*Tim Cuénod (SP):* Ich nehme alle Zwischenfragen an.

*Joël Thüring (SVP):* Herr Vizepräsident der Kommission, mal abgesehen davon, dass die Personenfreizügigkeit ja dazu führt, dass viele Unternehmen keine Arbeitskräfte aus Drittstaaten hier anstellen können, möchte ich jetzt auf Ihr Votum betreffend den sogenannten Berner Migrationsbürokraten zu sprechen kommen. Muss ich Sie deshalb so interpretieren, dass Sie dafür sind, dass geltendes Recht gebrochen wird und anschliessend daran die Frage, ist Ihnen bewusst, dass es hierbei gar nicht um EU-Bürger geht, sondern um Drittstaatenpersonen, die auf diesen Schiffen arbeiten und dieses Beispiel deshalb überhaupt nicht verfährt in Ihrer Argumentationskette?

*Tim Cuénod (SP):* Schauen Sie, die haben Visa in der EU und das hat Jahre lang funktioniert, ohne dass sich jemand beschwert hätte. Man hätte Übergangsfristen setzen können, man hätte auf Verhandlungslösungen eingehen können und nicht willkürliche Entscheidungen treffen können, die unserer Region massiv schaden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Herr Cuénod, danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Alles, was diese Initiative verlangt, steht bereits im § 3 der Kantonsverfassung. Frage, was ändert sich, wenn wir einen zusätzlichen Artikel in die Verfassung schreiben, der inhaltlich bereits vorhanden ist?

*Tim Cuénod (SP):* Der Regierungsrat kriegt einen noch klareren Auftrag, sich für gute und stabile Beziehungen mit der EU einzusetzen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Herrn Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Tim Cuénod, eine ganz kurze Frage. Wissen Sie, dass in der Schweizer Politik nur der Bund Aussenpolitik machen darf und nicht ein Kantonsparlament? Wissen Sie das?

*Tim Cuénod (SP):* Es gibt erstens eine kleine Basler Aussenpolitik, die gibt es schon lange, und zweitens gibt es ein offensichtliches Interesse in unserem Kanton, auf die nationale Politik hier einzuwirken.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Einzelbefrager ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Tim Cuénod, könnten Sie mir inhaltlich drei Punkte nennen, welche sich jetzt ändern, wenn wir dieser Gugus-Initiative zustimmen?

*Tim Cuénod (SP):* Einer genügt, es sind nicht drei. Wenn diese Initiative angenommen wird, erhält unser Regierungsrat diesen so wichtigen klaren Auftrag, sich für gute Beziehungen mit der EU einzusetzen. Man kann diesen zwar heute schon herleiten aus der Interessensvertretung unseres Kantons, aber das hier wäre noch einmal mehr.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zum Grossratsbeschluss (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Absatz 1 und 2, Text der Initiative

Absatz 3, Empfehlung auf Annahme der Initiative

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006845, 25.06.25 17:46:51]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die mit 3'216 Unterschriften eingereichte kantonale Volksinitiative «für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)» mit dem folgenden Wortlaut:

«§ 2 Abs. 4 Kantonsverfassung Basel-Stadt (neu)

Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme zur Abstimmung vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.